

Pressemitteilung

30. August 2020

Corona und der Arbeitsmarkt

Pandemiefolge: Zu viele Anwälte, zu wenig Techniker

Berlin – Die Wirtschaftskrise verschärft für Berufseinsteiger und Geringqualifizierte die ohnehin bestehenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Das zeigen Modellrechnungen des **Prognos-Instituts** für die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**. Prognos hat abgeschätzt, wie sich Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt mit und ohne Corona-Krise voraussichtlich entwickeln würden. Durch die Corona-Krise sind bis Juni 2020 etwa 640.000 Menschen arbeitslos geworden. Strukturell ist die Arbeitslosigkeit um etwa 30 Prozent höher, als sie ohne die Krise gewesen wäre. Besonders betroffen sind junge Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahre. Diese Personen stehen erst am Beginn ihres Erwerbslebens, weshalb ihre Beschäftigungsverhältnisse weniger stabil sind.

Die Prognos-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Krise auch künftig sehr unterschiedlich auswirken wird: Das ohnehin zu erwartende Überangebot von Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern vergrößert sich beispielsweise, während gleichzeitig der Engpass an Personen mit beruflicher Ausbildung spürbar bleibt. Studienleiter **Dr. Oliver Ehrentraut**: „Für Unternehmen, die auf ausreichend beruflich qualifizierte Mitarbeitende angewiesen sind, dürfte es sich lohnen, Arbeitskräfte durch die Krise hindurch zu halten. Denn sofern die Krise nur von temporärer Dauer ist, wird sich der Wettbewerb um eben diese Arbeitskräfte zukünftig mit dem Renteneintritt der Babyboomer deutlich verschärfen.“

Der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, fordert die Bundesregierung auf, dem sich abzeichnenden Trend frühzeitig zu begegnen. Der Aus- und Weiterbildung kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Menschen ohne beruflichen Abschluss könnten mit einer Teilqualifikation zumindest für bestimmte Helfertätigkeiten geschult werden und damit ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz erheblich steigern. Hier sollten die Angebote ausgebaut werden. Und: „Bestehende Einstellungshürden wie das Vorbeschäftigungsverbot bei befristet Beschäftigten sollten zumindest temporär ausgesetzt werden“, so Pellengahr.

Mittel- und langfristig wird die Corona-Krise voraussichtlich wenig am künftigen Fachkräftemangel ändern. Mehr Studienplätze für Medizin und niedrigere Studienabbrecherquoten in den Ingenieurwissenschaften können dem entgegenwirken. Gleichzeitig muss die berufliche Ausbildung stärker als bisher gefördert werden. „Die von der Bundesregierung beschlossenen Ausbildungsprämien gehen in die richtige Richtung und sichern das Angebot an Ausbildungsplätzen von KMU in der Krise. Es ist aber völlig unverständlich, warum sich die Prämie ausschließlich an Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten richtet, größere Unternehmen aber nicht berücksichtigt werden. Hier sollte die Bundesregierung umdenken“, so Pellengahr. Um künftige Engpässe in Mangelberufen zu entschärfen, sollten zudem Betreuungsangebote ausgebaut werden. Dann könnten mehr Teilzeitbeschäftigte ihre Wochenarbeitszeit in Richtung Vollzeitätigkeit erhöhen.

Das vollständige Prognos-Gutachten finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Henet, Tel. 030 27877 174; henet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.